



MEINUNG  
ZUM TAGE  
von  
Michael Agricola

## Große Worte, viele Lügen

Wenn es um Themen wie den Klimaschutz geht, holen die Lenker von Großkonzernen gern die ganz großen Worte heraus. Sie sprechen dann davon, dass sie ihrer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen gerecht werden wollen und versprechen „saubere Produkte“ für eine saubere Umwelt. Damit wir diese Botschaft auch nicht vergessen, werden Milliarden Werbe-Euros ausgegeben, für Imagefilme, Fernsehspots und für Lobbyarbeit.

Wir, die wir tagtäglich mit solcherlei Werbung zugeschüttet werden, wissen in der Regel, dass man auf übertriebene Verkaufsversprechen nicht allzuviel geben sollte. Jeder Autofahrer weiß zum Beispiel aus eigener Erfahrung, dass die im Verkaufsprospekt genannten Durchschnittsverbrauchswerte von Neuwagen im realen Leben kaum zu erreichen sind. Das Schönrechnen und Schönreden in der Autobranche (und in anderen Industriezweigen) ist uns also durchaus bewusst und wird mehr oder weniger klaglos hingenommen. Klappern gehört eben zum Handwerk.

Etwas grundsätzlich anderes ist es, wenn gezielt Abgasmesswerte manipuliert werden, um gesetzliche Vorgaben zu erfüllen. Dafür gibt es nur einen Begriff, und der heißt: Betrug. Ob in den USA oder auch in anderen Ländern: Es ist deshalb schwer vorstellbar, dass dieser Skandal ohne personelle Konsequenzen an der VW-Spitze abgehen wird. Denn dadurch wird nicht nur das Vertrauen in die Marke VW erschüttert, sondern in die gesamte Branche. Möglicherweise nicht zu Unrecht. Denn wer will im Moment ausschließen, dass diese Trickserei gängige Praxis ist?

## PRESESCHAU

### Rhein-Zeitung

**zu Griechenland:** Seine zweite Chance hat Alexis Tsipras bereits verspielt. Statt eine breite, stabile Koalition aufzubauen, holt der Syriza-Chef die umstrittenen Rechtspopulisten der Unabhängigen Griechen zurück ins Boot. Ausgerechnet Panos Kammenos soll nun dabei helfen, das Vertrauen der Geldgeber wiederherzustellen. Mit der knappen Mehrheit, zu der er Syriza mit seiner Partei verhilft, kommt Kammenos zudem in eine Position, in der er Tsipras unter Druck setzen kann. Dabei stehen dem Regierungschef neue Querelen in den eigenen Reihen bevor.

## DIE WELT

Alexis Tsipras hat es all jenen Kritikern gezeigt, die ihn schon für abgemeldet hielten. Der Syriza-Chef ist überraschend klar wiedergewählt worden – und das obwohl er alles getan hat, was ein Politiker eigentlich nicht tun darf, wenn er sein Amt behalten will. Der griechische Ministerpräsident hatte seinen Wählern im Januar nahezu den Himmel auf Erden versprochen und aus der Sicht seiner Wähler in fast allen zentralen Bereichen das Gegenteil davon erreicht.

# Flüchtlinge aufnehmen oder zahlen

Der Druck auf die Verweigerer wächst vor dem EU-Gipfel · Weise verspricht schnellere Verfahren

Während hierzulande Helfer Betten aufstellen und sich das Flüchtlingsamt um eine rasche Bearbeitung der Asylanträge bemüht, geraten aufnahmewillige EU-Staaten immer mehr unter Druck.

**Berlin.** In der EU wächst der Druck auf Staaten, die sich gegen einen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge sperren. Die EU-Innenminister sollen heute über einen neuen Vorschlag entscheiden. Der Entwurf sieht vor, dass Staaten, die keine Flüchtlinge per Quote aufnehmen wollen, zumindest einen finanziellen Beitrag leisten. In dem Beschlusspapier, das der Deutschen Presse-Agentur gestern vorlag, heißt es, dass die Länder für jeden Flüchtling, dessen Aufnahme sie verweigerten, einmalig 6500 Euro zahlen sollten. Diese Ausnahmeregelung soll möglicherweise zeitlich begrenzt werden, etwa auf sechs Monate.

Auch die SPD will EU-Mitgliedstaaten, die sich unsolidarisch zeigen, abstrafen. Mit Blick auf den EU-Sondergipfel morgen betonte die SPD, die Kosten für die Aufnahme der Flüchtlinge sollten künftig bei der Zuweisung von EU-Strukturfondsmitteln berücksichtigt werden. „Damit geben wir ein Signal, dass die Europäische Union die Übernahme von Verantwortung zur Bewältigung der Flüchtlingskrise honoriert“, heißt es in einem von



Flüchtlinge warten in Berlin auf dem Gelände des Landesamtes für Gesundheit und Soziales hinter Absperrgittern.  
Foto: Paul Zinken

der SPD-Parteispitze abgesetzten 10-Punkte-Plan.

Die SPD geht auch mit einem weitreichenden Forderungskatalog in das Spitzentreffen von Bund und Ländern zur Flüchtlingskrise am Donnerstag in Berlin. Sie fordert deutlich mehr Geld für Länder und Kommunen. Die vom Bund vorgeschlagene Summe von drei Milliarden Euro zur Entlastung für 2016 „wird angesichts der aktuellen Flüchtlingszahlen sicher nicht ausreichen“, heißt es.

In Bayern kamen unterdessen wieder mehr Flüchtlinge an. Wie das Innenministerium in München gestern mitteilte, reisten

am Sonntag 5374 Asylsuchende ein, tags zuvor waren es 2800 gewesen. Allein in Rosenheim wurden laut Bundespolizei 1300 Neuankommlinge gezählt. Sie wurden registriert und anschließend in Erstaufnahmestellen in ganz Deutschland verteilt. Fünf Schleuser seien festgenommen worden.

Der neue Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Frank-Jürgen Weise, kündigte noch für diese Woche erste Vorschläge für eine Beschleunigung der Asylverfahren an. Über seine Pläne soll beim Bund-Länder-Spitzentreffen beraten werden.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sagte, Union und SPD hätten sich auf einen Entwurf für zahlreiche Gesetzesänderungen zum Asylrecht verständigt. Dieser sei nun an die Länder gegangen. Der Entwurf bündelt bereits angekündigte Maßnahmen – wie die Einstufung weiterer Balkanstaaten als „sichere Herkunftsländer“. Enthalten sind aber auch neue Vorschläge.

Von der vorgesehenen Umverteilung weiterer 120 000 Flüchtlinge in Europa könnten neben Griechenland und Italien auch andere EU-Staaten profitieren, in denen viele Migranten an-

kommen. Dazu gehören Kroatien und Slowenien. Ein Kontingent war ursprünglich zur Entlastung Ungarns vorgesehen. Da die Regierung in Budapest aber jede Umsiedlung per festem Schlüssel ablehnt, sollen nun andere Länder profitieren.

Die Innenminister hatten sich bereits vergangene Woche auf die Verteilung von 120 000 Flüchtlingen mit guten Chancen auf Asyl (also vor allem Syrer) innerhalb von zwei Jahren geeinigt. Offen ist aber noch, wer wie viele aufnimmt. Auf Deutschland würden etwa 31 000 Menschen entfallen. Jeder Staat soll für die Aufnahme eines Flüchtlings von der EU einmalig 6000 Euro erhalten.

Morgen werden die EU-Staats- und Regierungschefs auf höchster Ebene über die Flüchtlingskrise beraten. Dabei soll es um den besseren Schutz der EU-Außengrenzen gehen sowie um Finanzhilfen für Länder mit Flüchtlingslagern wie Jordanien, Libanon und die Türkei.

Das weitgehende Versagen des Westens bei der Suche nach einer Friedenslösung für Syrien ist nach Überzeugung von UN-Ermittlern mitverantwortlich für die aktuelle Massenflucht nach Europa. Das Leid, das an Grenzen und Bahnhöfen Europas sichtbar werde, sei auch der „Preis für das Unvermögen, in Syrien Frieden zu schaffen“, erklärte der Leiter der vom UN-Menschenrechtsrat berufenen Untersuchungskommission für Syrien, Paulo Sérgio Pinheiro, in Genf. Ohne Frieden in Syrien sei kein Ende der Fluchtbewegung absehbar. (dpa)

## Kuba nimmt 50 Dissidenten während des Papst-Besuchs fest

**Holguín.** Während des Besuchs von Papst Franziskus im kommunistischen Kuba sind mindestens 50 Dissidenten vorübergehend festgenommen worden. Das sagte der Sprecher der oppositionellen Kommission für Menschenrechte und Nationale Versöhnung, Elizardo Sánchez, gestern der Deutschen Presse-Agentur. Auch

zwei oppositionelle Frauen, die von der Kirche zu einer Begegnung mit dem Papst in der Kathedrale der Hauptstadt Havanna eingeladen waren, kamen in Gewahrsam. Franziskus wurde bei der zweiten Station in Holguín von Zehntausenden Menschen empfangen. Sie jubelten dem Oberhaupt der katholischen Kirche zu. (dpa)

## Kardinal Marx mahnt zur Hilfe

Die Flüchtlinge beschäftigen die Bischofskonferenz in Fulda

**Fulda.** Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, hat die europäischen Länder zu Solidarität in der Flüchtlingsfrage aufgefordert. Die Flüchtlingsproblematik könne sogar die Herausforderungen nach der Deutschen Einheit übertreffen, sagte Marx

zum Auftakt der Herbst-Vollversammlung der Bischofskonferenz gestern in Fulda. Europa stehe am Scheideweg für den inneren Zusammenhalt.

Zugleich seien die derzeitigen Fluchtbewegungen und Wanderungen eine Herausforderung für die gesamte Welt. Marx zeigte sich besorgt über die La-

ge im Mittleren Osten, woher die meisten Flüchtlinge kommen. „Der mittlere Osten steht vor der Explosion“, sagte er. Es sei eine weltpolitische Aufgabe, hier für Frieden und Stabilität zu sorgen. Angst vor einem durch die Flüchtlinge bedingten Anwachsen des Islam in Deutschland habe er nicht. (dpa)

## Zu Besuch bei den Flüchtlingen von morgen

Frank-Walter Steinmeier und Laurent Fabius bekommen in Bangladesh den Klimawandel zu spüren

In Bangladesch sieht man sofort, wie weit der Klimawandel fortgeschritten ist. Dort ist jetzt schon Land unter. Viele müssen ihre Heimat aufgeben. Werden die Klimaflüchtlinge irgendwann auch in Deutschland landen?

von Christoph Sator

**Dhaka.** Ein ganz normaler Morgen am Ufer des Bongshi, eines der vielen Nebenarme des Ganges in Bangladesch, ein paar Kilometer außerhalb der Hauptstadt Dhaka. Der Monsun der vergangenen Wochen hat den Fluss stark anschwellen lassen. Das Ufer hält schon lange nicht mehr. Alles ist Matsch. In den Tümpeln schwimmt der Dreck. Die Kinder planschen trotzdem darin herum.

Ein ganz normaler Montagmorgen also – sieht man einmal davon ab, dass sich ausgerechnet hier Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und sein französischer Kollege Laurent Fabius ein Bild vom Klimawandel machen wollen, der Bangladesch heute schon plagt

wie kaum ein anderes Land. Geplant war das anders. Eigentlich wollten die beiden mit dem Hubschrauber hinaus ins Delta von Bangladesch fliegen, das größte Flussdelta der Welt. Aber selbst dafür war der Monsun, der eigentlich schon längst vorbei sein sollte, zu stark.

So stehen sie nun am Bongshi, von dem sie zuvor noch nie gehört hatten. In Jeans und Hemd, ohne Krawatte, die Schuhe verdreht. Einen Eindruck, was der Treibhauseffekt anrichtet, bekommt man auch so. Beide appellieren an die Staatengemeinschaft, sich beim nächsten Klimagipfel Ende November in Paris endlich auf ein Abkommen zu verständigen, mit dem der Temperaturanstieg auf maximal zwei Grad begrenzt wird.

Schuld am Temperaturanstieg sind vor allem die großen Industrie- und Schwellenstaaten. Bangladesch selbst stößt nur 0,15 Prozent der weltweiten Treibhausgase aus. Das Land – nicht einmal halb so groß wie die Bundesrepublik, aber mit doppelt so vielen Einwohnern (164 Millionen) – ist so flach wie Chapati, das Fladenbrot, das hier praktisch zu jeder Mahlzeit dazu gehört: Ein Sechstel der Fläche liegt weniger als ei-

nen Meter überm Meer. Wenn nicht wirklich etwas unternommen wird, ist dieses Land irgendwann einfach weg. Aktuell steigt im Golf von Bengalen das Wasser um einen halben Zentimeter pro Jahr. Der Weltklimarat fürchtet, dass sich der Meeresspiegel bis zum Ende des

Jahrhunderts global um 98 Zentimeter erhöht. Hinzu kommt, dass das Salzwasser aus dem Ozean hereindrückt und die Flussarme hinaufwandert, auch den Bongshi. Der Boden versalzt.

Mit der Erwärmung steigt auch das Risiko extremer Wet-

terlagen. Am gefährlichsten sind die Zyklone, die immer wieder über das Land rasen. Allein in den vergangenen zehn Jahren gab es in Bangladesch drei Wirbelsturm-Katastrophen, die schlimmste 2007 mit fast 4000 Toten. Und was die Leute bislang erlebt haben, ist vermutlich nur ein Vorgeschmack auf das, was noch kommt.

Mangels Land ziehen jetzt schon viele aus dem Delta in die Slums von Dhaka. Statt von der Landwirtschaft arbeiten sie für einen Hungerlohn in den großen Textilfabriken. Experten schätzen, dass es schon im nächsten Jahrzehnt in Bangladesch bis zu 20 Millionen Klimaflüchtlinge geben wird. Im Süden Asiens käme eine neue Völkerwanderung in Gang.

Steinmeier ist sich dessen bewusst: „Wir wissen, dass sich Millionen Menschen aus ihren Heimatländern aufmachen, wenn der Klimawandel ihre Lebensgrundlage zerstört.“ Deutschland werde Bangladesch, das seit seiner Unabhängigkeit 1971 schon mehr als 2,5 Milliarden Euro Entwicklungshilfe bekommen hat, deshalb auch künftig nicht alleine lassen. „Wir tun das im eigenen Interesse“, sagt Steinmeier.



Frankreichs Außenminister Laurent Fabius und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier machen sich in Bangladesch ein Bild von den Folgen des Klimawandels.  
Foto: Christoph Sator